

Interview mit EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta

„Europa schließt die Schlupflöcher“

Christopher Ziedler, 09.06.2013 15:08 Uhr



EU-Steuerkommissar Semeta will den Datenaustausch auf alle Arten von Einkommen ausdehnen. Nicht mehr nur Zinsen, sondern auch Dividenden, Kapitalerträge, Kontosalen und Einkünfte aus Versicherungsprodukten sollen erfasst werden. Foto: AP

Brüssel – Die EU-Kommission legt diese Woche ein Gesetz vor, das einen automatischen Informationsaustausch zu allen Kapitaleinkünften verlangt. Kommissar Semeta verteidigt zudem seinen Ansatz einer Finanztransaktionssteuer.

Herr Kommissar, sind Sie noch enttäuscht?

Von welcher Enttäuschung reden Sie?

Im Mai haben Sie nach der Finanzministersitzung getwittert, „sehr enttäuscht“ zu sein – da Luxemburg und Österreich den weitergehenden Informationsaustausch von Europas Steuerfahndern blockieren. Auch der EU-Gipfel brachte keinen Durchbruch.

Da muss ich widersprechen. Die Zusage der Staats- und Regierungschefs, die erweiterte Zinssteuerrichtlinie bis Jahresende zu verabschieden, stimmt mich optimistisch.

Luxemburg will dem erweiterten Austausch erst dann zustimmen, wenn sich auch die Schweiz, Liechtenstein, Monaco, Andorra und San Marino in Abkommen mit der EU verpflichten, nicht mehr nur auf Anfrage, sondern generell Steuerdaten preiszugeben.

Ich lese den Gipfelbeschluss nicht so, dass es eine Verbindung zwischen den Verhandlungen mit unseren Nachbarländern und der Zinssteuerrichtlinie gibt.

Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker und Österreichs Kanzler Werner Faymann tun das aber sehr wohl.

Es wäre schon merkwürdig, wenn wir als EU anderen Staaten ein Vetorecht hinsichtlich unseren internen Entscheidungen einräumen würden. Jeder darf seine Interpretation haben, für mich aber gibt es nun eine Deadline.

Die Verhandlungen mit den Nachbarn können zum Jahresende doch ohnehin noch nicht abgeschlossen sein, oder?

Ich erwarte angesichts der Ankündigungen aus den Hauptstädten zwar effiziente und zügige Verhandlungen. Sie bis zum Jahresende abzuschließen wäre aber ein neuer Rekord. Ich statte allen, mit denen wir nun Steuerabkommen verhandeln wollen, in den nächsten Wochen einen Besuch ab. Das wird der politische Startschuss sein – aber die Staaten müssen dann noch ihre jeweiligen Prozeduren durchlaufen, bevor es formal losgeht.

Sollte die erweiterte Richtlinie einmal gelten – was ist dann mit den Kanalinseln? Bleiben sie irgendwie exterritoriale Steueroasen?

Diese Inseln haben bilaterale Abkommen auf der Basis der alten Richtlinie mit allen EU-Staaten unterzeichnet, die dann automatisch oder nach Verhandlungen angepasst werden. Aktuell nehmen nur drei nicht am vollen Datenaustausch statt – sie geben die Daten nur auf Anfrage heraus und überweisen dafür einen Anteil einer pauschalen Quellensteuer. Aber natürlich gibt es in der geltenden Regelung bedeutende Schlupflöcher. Es besteht nämlich keine Möglichkeit, an den Hauptnutznießer heranzukommen, der sein Geld in anonymen Trust-Fonds lagert. Das wird sich mit der überarbeiteten Richtlinie ändern.

Sechs EU-Staaten – auch Deutschland und Großbritannien – haben einen automatischen Datenaustausch zu allen Kapitaleinkünften gefordert. Von einer Art europäischem Steuer-FBI ist die Rede. Jetzt kommt von Ihnen die entsprechende Gesetzesinitiative. Was schlagen Sie konkret vor?

Wir wollen den Datenaustausch auf alle Arten von Einkommen ausdehnen. Es werden also nicht mehr nur Zinsen, sondern auch Dividenden, Kapitalerträge, Kontosalen und Einkünfte aus Versicherungsprodukten erfasst. Und wenn Angaben über Honorare, Aufsichtsratsvergütungen oder Erträge aus Grundbesitz vorliegen, müssen auch diese den Behörden der Heimatländer gemeldet werden. Sollte unser Vorschlag dann angenommen werden, hätte die EU den umfassendsten Informationsaustausch im Steuerbereich weltweit.

Würden all diese Daten zentral erfasst? Gar in einer neuen EU-Behörde?

Nein. Die ganze Philosophie des automatisierten Datenaustauschs zielt doch gerade darauf, dass es dem einzelnen Mitgliedstaat möglich wird, die national fälligen Steuern bei seinen Bürgern zu kassieren. Da wird nichts zentral gesteuert.

Wann soll es soweit sein?

Wir streben den 1. Januar 2015 an.

Sie erwarten also keine Widerstände, da die sechs größten Staaten Sie um den Gesetzesvorschlag gebeten haben?

Am Ende sind es sogar 17 Mitgliedstaaten gewesen. Aber wir brauchen in Steuerfragen Einstimmigkeit. Ich gehe dennoch davon aus, dass wir das hinbekommen, weil es schon eine Meistbegünstigungsklausel gibt: Wer etwa den Amerikanern umfassenden Einblick gewährt, wie es das dortige FATCA-System verlangt, kann das seinen EU-Partnern nicht verweigern. Und es ist doch besser, dafür ein Rahmenwerk zu haben als einen Flickenteppich bilateraler Abkommen zwischen den EU-Staaten.

Wollen Sie ein EU-Abkommen mit den USA?

Für die Zukunft wäre es das Beste. Aber die neuen US-Regeln treten erst schrittweise in den nächsten Jahren in Kraft. Das muss man auf jeden Fall abwarten.

Die Steuerhinterziehung von Privatpersonen ist nicht die einzige Baustelle, die andere betrifft die Unternehmen. Wann sorgt die EU dafür, dass auch Apple, Amazon, Starbuck's & Co. in angemessener Form Steuern zahlen?

Alle EU-Staaten haben sich beim Gipfel verpflichtet, etwas dagegen zu tun. Ich werde im zweiten Halbjahr dazu eine Reform der Unternehmensteuer-Richtlinie vorschlagen, an der meine Mitarbeiter noch sitzen. Die Probleme mit diesen bekannten Unternehmen werden auf Dauer verschwinden – wobei es dazu natürlich auch Anstrengungen auf globaler Ebene braucht, etwa im Rahmen der OECD.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat am Freitag im Bundestag von einem „Verbot der doppelten Nicht-Besteuerung“ gesprochen, dass verankert werden müsste.

Genau darum geht es. In der Vergangenheit hat man sich so stark darum bemüht, eine Doppelbesteuerung zu vermeiden, dass wir eine Situation der doppelten Nicht-Besteuerung geschaffen haben, die wir nun dringend beseitigen müssen. Auf unsere Empfehlung hin setzen einige EU-Staaten schon Verbesserungen um. Auch die von mir einberufene Gruppe mit Steuerbeamten aller EU-Staaten und Nichtregierungsorganisationen, die an diesem Montag zum ersten Mal tagt, wird öffentlich Druck aufbauen.

Was ist mit Deutschland? Das Tax Justice Network platziert Deutschland auf Rang 9 der geheimsten Finanzplätze. Zu Recht?

Zu Deutschland kann ich eigentlich nur sagen, dass es sich mit am stärksten für die nun angestrebten Neuerungen einsetzt.

Irland, Luxemburg, die Niederlande – es gibt viele Beispiele für lukrative Firmensitze. Woran liegt es, dass so viele EU-Staaten ihre

ganz eigenen Steuerarrangements treffen?

Das ist historisch gewachsen. Aber wir wollen ja diesen Teil der Geschichte verändern. Es verlieren doch alle, wenn wir uns gegenseitig die Steuerbasis stehlen. Ich habe die Zahl schon ein paar Mal genannt: Alle EU-Staaten verlieren auf diese Art und Weise eine Billion Euro im Jahr. Darunter sind schätzungsweise 150 Milliarden Euro, die Unternehmen nicht zahlen müssen, indem sie leider noch legale Schlupflöcher nutzen.

Sie kritisieren den harten Steuerwettbewerb. Soll es stattdessen eine EU-Steuerpolitik geben, die nicht nur gemeinsame Prinzipien, sondern auch Steuerhöhen festschreibt?

Vor allem muss mein Vorschlag für eine gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftsteuer verabschiedet werden. Dann hätten wir ein einheitliches Regelwerk, das Transparenz schaffen würde: Jetzt ist kaum festzustellen, ob der nominale Körperschaftsteuersatz die reale Lage spiegelt. In vielen Mitgliedstaaten gibt es Ausnahmen und der effektive Steuersatz liegt viel niedriger. Auf einheitlicher Grundlage könnten wir die Steuersätze vergleichen. Einen Bedarf für Mindeststeuersätze oder Korridore sehe ich aber nicht.

Zu einer anderen Steuer, die manche gern vermeiden würden: Zuletzt war zu den Verhandlungen über ihren Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer zu lesen, es bleibe wenig davon übrig. Haben sich die Befürworter, die die Finanzbranche an den Kosten der Krise beteiligen wollen, zu früh gefreut?

Ich verstehe, dass es Gerüchte gibt – wir haben es im Bereich der Banken und Finanzinstitutionen schließlich mit der wohl mächtigsten Lobby der Welt zu tun. Fakt ist aber, dass wir den Vorschlag zur verstärkten Zusammenarbeit von elf Staaten im Februar vorgelegt haben und in der Phase sind, den Mitgliedstaaten die einzelnen Bestimmungen auseinanderzusetzen. Wir haben nicht mal angefangen auf politischer Ebene zu verhandeln. Daher ist bisher auch nichts verwässert worden. Wir halten weiter an einer Besteuerung möglichst aller Finanztransaktionen fest. Jede mögliche Ausnahme muss dahingehend untersucht werden, ob die Steuer dann nicht ganz umgangen werden kann. Bei meinem Vorschlag ist genau das nicht der Fall, was einige Leute offenbar sehr nervös macht.

Da nur elf Staaten mitmachen, liegt das Hauptaugenmerk auf möglichen Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt. Die Briten klagen vor dem Europäischen Gerichtshof.

Das EU-Recht verbietet den Mitgliedstaaten nicht, eigene Steuern zu erheben. Gerade für den Binnenmarkt ist es doch besser, eine möglichst einheitliche Steuer zu haben.

Aber eine Transaktion von London nach Frankfurt wird Geld kosten, da ein Finanzsteuerland – Deutschland – beteiligt ist.

Richtig. Da es aber die Verbindung zu dem Teilnehmerland gibt, sagen mir unsere Juristen, dass die Steuer mit allen internationalen Bestimmungen konform ist.

Die Briten befürchten auch einen „Kaskadeneffekt“. Statt 0,1 oder 0,01 Prozent käme am Ende einer einzigen, aber doch mehrstufigen Transaktion das Zehnfache heraus.

Diesen Zwischenhändler-Effekt schließt unser Vorschlag aus. Wer aber im Hochfrequenzhandel mit tausenden Transaktionen pro Sekunde aktiv ist, muss mit einer bedeutenden Steuerbelastung rechnen. Das ist genau ein Zweck der Steuer, dass sie diese Art von Aktivitäten unterbindet.

Der Finanzsektor wird also einen Teil der Krisenkosten übernehmen müssen.

Es geht nicht nur um die Krise. Die Branche zahlt keine Mehrwertsteuer – dadurch entgehen den EU-Staaten 18 Milliarden Euro im Jahr. Es sollten aber alle Bereiche der Wirtschaft einen fairen Anteil zahlen.